

Bitte lesen und weitergeben!

Sonderausgabe

BLAUER  
MUT

10 Jahre

# Asyl-Chaos

Bild: CoArt / Adobe Stock

Film:  
Schicksalsjahr 2015



In der Nacht vom 4. zum 5. September 2015 traf Angela Merkel die wohl verhängnisvollste Entscheidung der deutschen Nachkriegsgeschichte: Sie beschloss, die deutsche Grenze für 25.000 syrische Migranten zu öffnen. Es gab weder Passkontrollen noch Abfragen des Asylgrunds. Letztlich konnte niemand genau sagen, woher die Menschen kamen. Die Aktion war als kurzfristige Maßnahme zur Entlastung der europäischen Nachbarländer gedacht gewesen. Aber als eine Woche später wieder alles in geordnete Bahnen gelenkt werden sollte, wollten weder Merkel noch ihr damaliger Innenminister Thomas de Maizière die Verantwortung für »unschöne Bilder« übernehmen. Die schon bestehende Bundespolizei erhielt buchstäblich in letzter Minute die Anweisung zum Rückzug. Dabei hatte es bereits zu diesem

Zeitpunkt erste Hilferufe aus den überforderten Kommunen gegeben. Angela Merkels abweisende Reaktion – »Wir schaffen das!« – wurde rasch bei den Bürgern zum geflügelten Wort für jegliche unmögliche Herausforderung, obwohl diese erste Woche der Grenzöffnung nur der Anfang der gigantischen Flüchtlingswelle war, die Deutschland

lungskomitees mehr an den Bahnhöfen, um Neuankömmlinge mit Teddybären zu bewerben. Denn es wurde rasch deutlich, wie sehr die gutgläubigen Bürger getäuscht worden waren. Die Medien hatten syrische Familien in Not angekündigt, aber es kamen hauptsächlich junge Männer und beileibe nicht nur aus Syrien. Spätestens die

Mantel des Schweigens über den rasanten Anstieg von Gewaltdelikten und Sexualstraftaten zu decken, ließ sich die unangenehme Wahrheit nicht lange verbergen: Die Flüchtlingskrise würde Deutschland nicht nur finanziell an seine Grenzen bringen, sondern auch den öffentlichen Raum für immer verändern. Vor allem aus jenen Großstadtbezirken, die schon vor 2015 überwiegend von Migranten aus dem arabisch-muslimischen Kulturkreis bewohnt waren, wurden sogenannte No-go-Areas: Angsträume nicht nur für Frauen, Juden und Homosexuelle, sondern für jeden, der sich mit dem Betreten auf einen Schlag in eine fremde Welt versetzt fühlte.

»Nun sind sie halt da«, antwortete Angela Merkel auf die Sorgen der Bürger. Unfreiwillig beschrieb sie damit aber auch den fehlenden politischen Willen ihrer eigenen Regierung und den ihrer Nachfolger, das Ruder herumzureißen, die Grenzsicherung wiederherzustellen und ausreisepflichtige Migranten in ihre diversen Heimatländer abzuschieben. Diesen politischen Willen hat in Deutschland nur die AfD – und wir sind angetreten, unser Land wieder zu dem zu machen, was es vor 2015 war: unsere Heimat, in der wir uns sicher fühlen.

## »Migration ist die Mutter aller politischen Probleme«

Horst Seehofer (CSU), 2018

erreichen sollte. Unser Land rief die »Willkommenskultur« aus und sendete damit ein deutliches Signal an alle aus, die sich hier ein besseres Leben erhofften. Millionen machten sich in den letzten zehn Jahren auf den Weg nach »Germoney«.

verhängnisvolle Silvesternacht 2015 in Köln machte jedem, der es sehen wollte, deutlich: Wir waren nicht nur mit dem Problem der Unterbringung überfordert, sondern auch mit einem Zusammenprall der Kulturen. Selbst wenn offizielle Stellen immer wieder versuchten, einen

### Bürgergeld für Nichtbürger

Anteil der Ausländer unter Bürgergeldempfängern



Anteil der Ausländer an der Gesamtbevölkerung

Quelle: Bundesagentur für Arbeit  
Stand: Ende 2024

15,7%

52%

### Problem: Islamisierung

Mit der Masseneinwanderung erstarkte auch der Islam in Deutschland. Die lautstarken Rufe nach einer Umgestaltung unserer Gesellschaft hin zur »Scharia-Konformität« durch einige besonders radikale Muslime erschrecken mich auch als Lehrer: Schulen und Kindergärten sind längst zum Austragungsort religiöser Forderungen geworden. Den Essens- und Bekleidungs Vorschriften des Islams sollen sich vielerorts schon unsere jüngsten beugen. Aus falsch verstandener Toleranz dulden viele Pädagogen dieses Verhalten – und schauen sogar weg, wenn Schüler bedroht werden. In der Schule werden die Weichen für das Erwachsenenleben gestellt, doch die den Kindern aufgenötigten Glaubenskonflikte drängen das gemeinsame Lernen immer mehr in den Hintergrund. Das kann und darf nicht sein – wir brauchen Bildung statt Scharia!



Kommentar von Björn Höcke



# Die Folgen für Thüringen

Sich fremd fühlen in der eigenen Heimat – das ist für viele Thüringer längst Realität geworden. Ob beim Gang in die Innenstädte oder wenn die eigenen Kinder aus dem Schulalltag berichten: Überall sind die Folgen der durch die Berliner Politik ermöglichten unkontrollierten Einwanderung seit 2015 deutlich zu spüren. Zusätzlich setzte die Regierung Ramelow Landesaufnahmeprogramme für Syrer und Afghanen in Kraft. Damit stieg der Ausländeranteil in Thüringen von 2,5 auf 8,5 Prozent, während die Gesamtbevölkerungszahl des Freistaates sogar um 50.000 Personen abnahm. Vor allem in Erfurt bestimmen in einigen Straßenzügen arabisch beschilderte Friseur- und Imbissläden das Bild. Davor

versammeln sich gern Gruppen junger Migranten, deren Gespräche die Einheimischen nicht verstehen können. Man tritt in eine Parallelwelt im eigenen Land ein. Doch es geht nicht nur um die von den Thüringern nicht bestellte »Exotik« in den Städten. Weitaus beunruhigender ist die Zunahme von Diebstahl- und Gewaltdelikten im öffentlichen Raum. Nicht jeder Migrant ist kriminell, aber die Beteiligung nichtdeutscher Täter an Straftaten ist überproportional hoch: Bei einem Anteil von 8,5 Prozent an der Gesamtbevölkerung liegt die Beteiligung bei Diebstahl bei 33 Prozent. 26 Prozent der Körperverletzungen werden von Migranten begangen und etwa 20 Prozent der Sexualstraftaten. Seit 2020 wurden 791 Mes-

serattacken in Thüringen registriert, davor wurde diese spezielle Art des öffentlichen Terrors in der Statistik versteckt.

Besonders betroffen macht es die Bürger, dass diese Entwicklung nun auch die Thüringer Schulen erreicht hat: Je nach Landkreis liegt der Anteil der Schüler mit Migrationshintergrund bei bis zu 67 Prozent.

Effektiver Unterricht ist dort wegen der Sprachbarriere kaum noch möglich. Lehrer sehen sich auch mit der zunehmenden Gewalt in den Klassenzimmern im Stich gelassen, die längst über das »übliche Mobbing« hinausgeht. Wir haben es auch hier mit einer überproportional hohen Gewaltneigung bei den nicht-deutschen Schülern zu tun. Die

AfD-Fraktion im Thüringer Landtag forderte deshalb bereits mehrfach, derart verhaltensauffällige Kinder und Jugendliche getrennt an spezialisierten Förderschulen zu unterrichten und Schulverweise zu erleichtern. Wenn Lehrer selbst zu Opfern von Schülergewalt werden, brauchen sie konsequente Unterstützung durch die Schulleitung und die zuständigen Behörden. Sowohl die Regierung Ramelow als auch die aktuelle Brombeer-Koalition zeigen nur bei einer Sache Konsequenz: den Kopf hartnäckig in den Sand zu stecken, wenn es um Fehlentwicklungen in der Migrationspolitik geht. Je länger weggeschaut wird, desto schwieriger wird der Weg zurück zur Normalität. Die AfD-Fraktion steht bereit, um sich dieser Aufgabe anzunehmen!



## Anwohner berichten: Brennpunkt Suhl

Im Laufe der letzten Jahre haben unsere Abgeordneten häufig mit den Bürgern im Umfeld der Erstaufnahmestelle für Asylbewerber in Suhl gesprochen. Unsere Bürgermobile sind dabei eine wichtige Anlaufstelle für Anwohner, die sich weder von der Landesregierung noch vom Bürgermeister mit ihren Sorgen ernst genommen fühlen. Beide schoben sich gegenseitig die Verantwortung für die unhaltbaren Zustände zu. An der Überbelegung und den damit verbundenen Problemen änderte sich jedoch

nichts – das heiße Eisen Suhl wollte niemand anfassen. »Fast jeden Tag muss die Polizei anrücken«, berichtet uns Jana F. (42). Die halbtags berufstätige Mutter von zwei Kindern arbeitete zu Beginn der Flüchtlingskrise noch ehrenamtlich in der Unterkunft mit. Sie wollte notleidenden Flüchtlingen helfen. »Aber schnell wurde klar: Je mehr Asylbewerber kamen, desto chaotischer wurden die Zustände. Wir Ehrenamtlichen fühlten uns bald nicht mehr sicher – auch das fest angestellte Personal war total

überfordert.« Sogar etablierte Medien wie der »Spiegel« berichteten über ständige Schlägereien in der Einrichtung und die Zunahme der Kriminalität in deren Umfeld. »Wir hatten hier eine Welle von Einbrüchen und Ladendiebstählen«, erzählt uns ein älterer Herr. »Und auch im Bus in die Stadt gibt es dauernd Randalen. Da muss jetzt sogar Sicherheitspersonal mitfahren. Gerade für ältere Menschen, die nicht sicher auf den Beinen sind, wird das Schubsen und Drängeln gefährlich!«

»Kameras haben sie irgendwann angebracht«, ergänzt seine Frau. »Aber was nutzen die, wenn sogar Polizisten angegriffen werden? Warum werden nicht wenigstens die gewalttätigen jungen Männer woanders untergebracht?« Genau das hatte die AfD-Fraktion als Sofortmaßnahme mehrfach eingefordert, um die Sicherheit vor Ort wieder zu gewährleisten. Auf Dauer hilft jedoch nur eins: eine konsequente Abschiebeinitiative – damit die Bürger wieder angstfrei leben können.



### Impressum

V.i.S.d.P.: Björn Höcke  
Bürgerinformation der  
AfD-Fraktion im  
Thüringer Landtag  
Jürgen-Fuchs-Straße 1  
99096 Erfurt

Auflage: 650.000 Stück

 @afd-thl  
 [https://t.me/afd\\_thl](https://t.me/afd_thl)  
 [www.afd-thl.de](http://www.afd-thl.de)  
 @afd-landtags-tv





»Das ist schon eine ordentliche Kleinstadt, die dazugekommen ist«, frohlockte Innenminister Georg Maier (SPD), als Thüringen im Jahr 2022 einen Bevölkerungszuwachs von knapp 18.000 Personen verzeichnete. Dieser Zuwachs ist fast ausschließlich auf die Zuwanderung zurückzuführen – nicht auf Geburten, nicht auf Rückkehrer, nicht auf Thüringer Familien. Und während der SPD-Innenminister den Import einer »Kleinstadt« bejubelt, kämpfen Zehntausende Thüringer mit explodierenden Mieten, fehlenden Sozialwohnungen und wachsender Konkurrenz um bezahlbaren Wohnraum.

Die Zahlen sind eindeutig: Seit 2015 hat sich die Zahl der Ausländer in Thüringen mehr als ver-

fünffacht – von rund 37.000 auf knapp 188.000 Personen Ende 2024. Allein im Jahr 2022 betrug der Zuwachs von Migranten über 39.000 Personen. Ukrainer, Syrer und Afghanen machen den größten Anteil aus. Sie alle brauchen Wohnungen. Bevorzugt günstig, möglichst zentral – und meist vollständig vom Steuerzahler finanziert, denn die Beschäftigungsquote liegt bei lediglich 30 bis 40 Prozent.

Der Bestand an Sozialwohnungen schrumpfte im selben Zeitraum dramatisch: Gab es 2015 noch rund 17.500 geförderte Wohnungen, sind es heute nur noch 11.580. Neubauprojekte können den Verlust nicht einmal ansatzweise ausgleichen: Während 2024 über 7.000 Migranten ins Land kamen, wurden gerade

einmal 79 neue Sozialwohnungen fertiggestellt.

Migranten werden meist durch die Kommunen untergebracht, für deutsche Geringverdiener, Alleinerziehende und kinderreiche Familien bleibt nur der leer gefegte freie Markt. Gerade in Städten mit hohem Migrantenanteil ist selbst für Besserverdiener kaum noch eine passende Wohnung zu finden. In der Landeshauptstadt Erfurt beispielsweise liegt die Wohnbelegungsquote seit Jahren bei ca. 99,5 Prozent. Auch hier sind die Leidtragenden besonders kinderreiche Familien mit erhöhtem Wohnflächenbedarf.

Die durchschnittliche Warmmiete in Thüringen stieg seit 2015 um 26 Prozent auf 8,79 €/m². In Städten wie Erfurt, Jena oder

Gera ist der Druck noch größer. Bezahlbares Wohneigentum liegt für Normalverdiener längst außer Reichweite, die Immobilienpreise haben sich verdoppelt. Der rosa Elefant steht im Raum: Migration verursacht Wohnungsnot. Doch keine der etablierten Parteien wagt es, diesen Zusammenhang offen auszusprechen. Man hält an »Willkommenskultur« und »bunter Vielfalt« fest – während sich die sozialen Spannungen zuspitzen.

Die AfD-Fraktion ist die einzige politische Kraft im Thüringer Landtag, die den ursächlichen Zusammenhang zwischen Massenmigration und Wohnraum-mangel offen benennt – und die bereit ist, Konsequenzen zu ziehen. Während die Kartellparteien von CDU, SPD, BSW bis Linke

und Grüne dem Wähler »soziale Gerechtigkeit« vorgaukeln, tragen sie in Wahrheit die Spaltung und die Verarmung unseres Landes aktiv mit. Für uns gilt deshalb: Remigration ist ein sozialpolitisches Muss. Nur durch Rückführung nicht integrierter Migranten und solcher ohne Aufenthaltserlaubnis, durch klare Priorität sozialstaatlicher Leistungen für Staatsbürger und durch eine gerechte Wohnraumpolitik für Deutsche können wir den Wohnungsmarkt entlasten und echte soziale Gerechtigkeit schaffen.

Die AfD nimmt nicht nur Migration, sondern auch die soziale Frage ins Visier. Denn wer unser Volk schützen will, muss auch dafür sorgen, dass es ein Dach über dem Kopf hat.

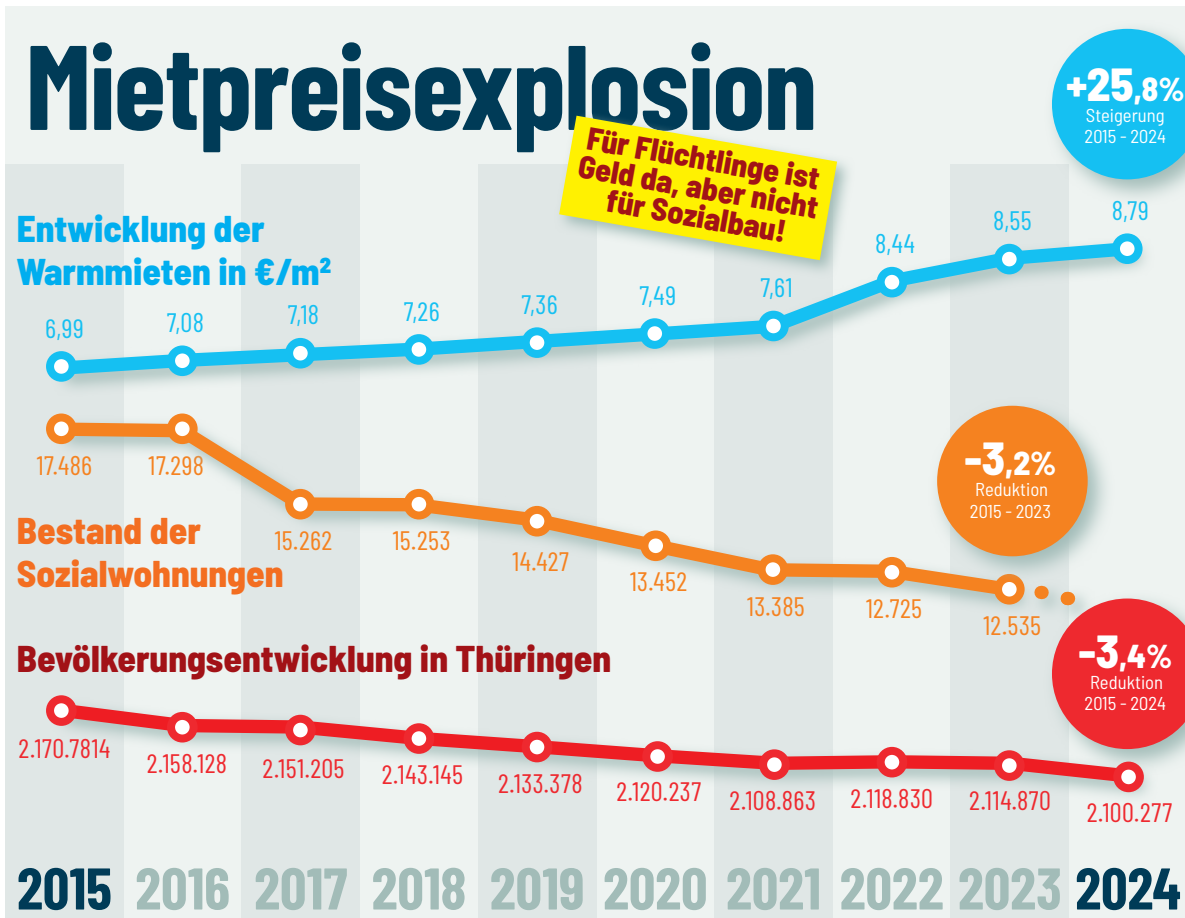


Bild: Chlorophylle / Adobe Stock

**Kostenlose Broschüre als PDF:**

# ISLAM

## Fakten & Argumente




Remigration:  
Interview  
mit Daniel  
Haseloff

Daniel Haseloff ist stellvertretender Vorsitzender der AfD-Fraktion im Thüringer Landtag und darüber hinaus ihr migrationspolitischer Sprecher. In dieser Funktion befasst er sich mit allen Fragen rund um das Asylrecht im Freistaat. So auch mit den von der Landesregierung und ihrer Vorgängerin geschaffenen bürokratischen Hürden, welche die effektive Rückführung abgelehnter Asylbewerber verhindern. Jeder erfolgreichen Abschiebung stehen zwei gescheiterte Versuche gegenüber – eine fatale Entwicklung für Thüringen.

**Herr Haseloff, der Begriff »Remigration« ist durch die Berichterstattung der etablierten Medien in Verruf geraten. Was aber hat es tatsächlich damit auf sich?**

Es gab diese groß angelegte Kampagne gegen die AfD, mit der die Bürger verunsichert werden sollten. Vor allem wurde der Eindruck erweckt, wir wollten auch Staatsbürger mit Migrationshintergrund abschieben. Das sollte unsere Pläne zur Begrenzung der Masseneinwanderung als »verfassungswidrig« erscheinen lassen. Darum geht es bei der »Remigration« aber nicht – der Schwerpunkt liegt auf der Ausweisung von Migranten ohne Aufenthaltsberechtigung. Besonders dann, wenn sie sich durch Gewalttaten strafbar gemacht haben. Das wäre bei konsequenter Umsetzung der bestehenden

Gesetze auch jetzt schon möglich – aber der politische Wille fehlt. Wer den Begriff »Remigration« dämonisiert, will damit in der Regel nur der dringend notwendigen Debatte um eine bessere Asylpolitik ausweichen. Hier brauchen wir Sachlichkeit statt Sprachzensur.

**Wie erleben die Thüringer die Folgen der derzeitigen Migrationspolitik?**

Wie auch schon mein Vorgänger Stefan Möller suche ich den direkten Kontakt zu den Betroffenen, etwa zu den Nachbarn von Erstaufnahmeeinrichtungen. Die Menschen erleben täglich, wie sehr die Dinge dort aus dem Ruder gelaufen sind: Migranten machen die Städte und die öffentlichen Verkehrsmittel unsicher. Es kommt häufig zu Polizeieinsätzen wegen Auseinandersetzungen innerhalb der

Einrichtungen. Die Kriminalitätsrate in Thüringen ist seit 2015 extrem angestiegen und der Ausländeranteil bei den Tatverdächtigen ist überproportional hoch.

Auch in unserer Landeshauptstadt zeigt sich dasselbe Muster: Es sind vor allem Gruppen junger Männer aus dem arabischen bzw. muslimischen Kulturkreis, die den öffentlichen Raum für sich beanspruchen. Die Polizei muss fast täglich gegen Drogenhandel und Gewaltkriminalität einschreiten. Die Bürger fühlen sich auch von der neuen Landesregierung im Stich gelassen. Die unübersehbaren Folgen der Masseneinwanderung werden einfach »nach unten« durchgereicht – und jeglicher berechtigter Protest dagegen wird als »rechts-extrem« diffamiert. Das hat Folgen für den Alltag der Erfurter:

Vor allem Frauen und Mädchen werden massiv in ihrer Freiheit eingeschränkt, weil sie aus Angst bestimmte Plätze in der Stadt meiden. Viele Thüringer fühlen sich mittlerweile als Fremde in der eigenen Heimat.

**Wie könnte ein Remigrationskonzept die Situation der Bürger verbessern – auch über die Eindämmung der durch Migranten begangenen Delikte hinaus?**

Die gestiegene Kriminalität und die Belästigungen durch Gruppen junger Männer sind das offensichtlichste Problem, aber nicht das einzige. Rund 180 Millionen Euro haben allein die Unterbringung und die Betreuung von Asylbewerbern den Freistaat 2024 gekostet – das ist Geld, das an anderer Stelle fehlt, etwa bei der Instandhaltung von Schulen und Sporteinrichtungen. Zudem

werden Migranten möglichst rasch in eigenen Wohnungen untergebracht, was katastrophale Auswirkungen auf den Wohnungsmarkt nach sich zieht. Den Preis zahlen junge deutsche Familien mit Kindern: Vor allem in den Städten wird es immer schwieriger, etwas Bezahlbares zu finden. Die etablierte Politik schreckte in den letzten Jahren nicht einmal mehr davor zurück, ältere Menschen zum Auszug aus ihren »zu großen Wohnungen« drängen zu wollen.

Ein weiteres Problemfeld sind unsere Schulen. In Ballungsgebieten steigt der Anteil der Kinder, die bei der Einschulung kein Deutsch verstehen. Das wirkt sich negativ auf den Lernfortschritt der gesamten Klasse aus. Wir verlieren international den Anschluss an einfachste Bildungsstandards.

Durch die Rückführung ausreisepflichtiger Migranten könnte auch in diesen Bereichen eine Rückkehr zur Normalität erreicht werden: Entspannung auf dem Wohnungsmarkt, Verbesserung der Unterrichtsqualität und die Schaffung von finanziellen Ressourcen für Investitionen, die allen Bürgern zugutekommen.

**Was ist Ihr Fazit?**

Wir dürfen das Projekt Remigration nicht weiter auf die lange Bank schieben, sondern müssen sofort handeln. Mit jedem Tag, den wir länger abwarten, wird die Rückabwicklung der durch die Massenmigration angerichteten Schäden schwieriger – deshalb: Remigration jetzt!

**Herr Haseloff, wir danken Ihnen für das Gespräch!**



# Remigration:

## Ein Thema, das bewegt!

Weitere Informationen zu unseren Initiativen finden Sie unter folgendem Link:



Impressionen unseres Bürgerdialogs »Zehn Jahre offene Grenzen« am 5. September in Arnstadt